G9-Gymnasien und integrierte Gesamtschulen: Abitur nach vollen neun Jahren

Drucksache **18/11728** · eingebracht 2025-03-28 — Antragsteller: **CDU**

Bildung | Schulpolitik | Gleichstellung

ZUSAMMENFASSUNG

Die CDU-Fraktion fordert die Verlängerung des G9-Abiturs in Rheinland-Pfalz von achteinhalb auf volle neun Jahre, um Vergleichbarkeit mit anderen Bundesländern und Schulformen herzustellen.

KERNFORDERUNGEN

- Feststellung des 'Sonderwegs' Rheinland-Pfalz
- Kritik an frühen Abiturterminen (Januar/März)
- Forderung nach zeitlicher Parallelisierung aller Abiturprüfungen
- Erhalt des G8-Ganztagsgymnasiums

BEWERTUNG

4.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Überarbeiten

Der Antrag fokussiert ausschließlich auf formale Schulzeitverlängerung ohne Bezug zu sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit oder Mitbestimmung. Er ignoriert strukturelle Benachteiligungen (z. B. fehlende individuelle Förderung, soziale Herkunft) und verknüpft 'mehr Zeit' nicht mit pädagogischer Qualität oder Inklusion. Im Feld D1 (Menschenwürde) ist er neutral (O), da kein direkter Grundrechtsschutz erfolgt; in D4 (Soziale öffentliche Leistung) erhält er +1 für die Absicht, Durchlässigkeit zu verbessern – doch ohne konkrete Maßnahmen zur Chancengleichheit bleibt dies symbolisch. Ein gravierender Mangel ist die fehlende Berücksichtigung von A-Bereich (Lieferant:innen): Keine Forderung nach fairer Vergabe an Bildungsanbieter oder nach gemeinwohlorientierten Lehrmaterialien.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Forderung nach Vergleichbarkeit
- Bezug zur bundesweiten Bildungsharmonisierung
- Berücksichtigung von Übergängen zwischen Schulformen

Schwächen

- Kein Bezug zu sozialer Ungleichheit
- Keine pädagogische Begründung
- Kein Bezug zu Digitalisierung, Klima oder Demokratie
- Ignoriert Bedürfnisse von Schüler:innen mit Behinderung oder Migrationshintergrund

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	·
D · BÜRGER:INNEN	·	·	·	+	·
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	·	·	·

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: +1`

Durchlässigkeit zwischen Schulformen, Integration von Realschulabsolvent:innen

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht exakt dem CDU-Regierungsprogramm 2021, das sich für 'vergleichbare Abschlüsse', 'Aussagekraft einer Note' und 'echte Vergleichbarkeit rheinland-pfälzischer Abschlüsse' einsetzt — hier konkretisiert als Forderung nach gleichem Zeitrahmen für alle G9-Abschlüsse. Die Kritik am 'Sonderweg' spiegelt die CDU-Position zur bundesweiten Harmonisierung wider.

> „KONKRET: KONKRET: 02.08 Vergleichbare Abschlüsse: Schulabschlüsse sollen die Reife bescheinigen und dienen keinem Selbstzweck. Es ist wichtig, sich auf ihre Aussagekraft verlassen zu können. Eine echte Vergleichbarkeit rheinland-pfälzischer Abschlüsse ist jedoch nicht gegeben."
> CDU Rheinland-Pfalz Regierungsprogramm 2021, S. 11

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont 'Subsidiarität', 'Stärke des Staates' und 'Verantwortung'. Der Antrag versteht Bildung als staatliche Aufgabe mit klaren Qualitätsstandards — konsistent mit dem christlich-demokratischen Menschenbild und dem Anspruch auf 'Reifebescheinigung'. Allerdings fehlt der explizite Bezug zu 'Schöpfungsverantwortung' oder 'Familie' — daher leicht abgeschwächt.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

3/10

Die SPD setzt auf individuelles Lernen, Barrierefreiheit und Ganztagsangebote ('echtes Ganztagsangebot'), nicht auf starre Zeitverlängerung. Ihr Programm betont, dass 'jedes Kind anders lernt' (Q6) und fordert mehr Raum und Zeit für selbstbestimmtes Lernen — nicht für längere Prüfungsvorbereitung. Der Antrag widerspricht dieser pädagogischen Logik und ignoriert die SPD-Forderung nach gesunder Schulverpflegung oder Klimabildung (Q8).

> „Jedes Kind ist anders, jedes Kind lernt anders. Wir wollen, dass jedes Kind seine individuellen Potenziale voll entfalten kann."
> SPD Rheinland-Pfalz Regierungsprogramm 2021, S. 15

PARTEIPROGRAMM

4/10

Das Hamburger Programm (2007) betont 'Solidarität', 'Gerechtigkeit' und 'Bildung als Schlüssel'. Ein rein formalzeitlicher Ansatz ohne sozialpädagogische Komponente bleibt hinter diesen Zielen zurück. Der Antrag adressiert keine strukturelle Benachteiligung — z. B. durch soziale Herkunft oder Behinderung — und greift damit nicht die Kernforderung nach 'Vorsorge' auf.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM 2/10

Die GRÜNEN setzen auf digitale Bildung, interkulturelle Verständigung und kritisch-reflexiven Umgang mit Technologie (Q13), sowie auf Überwindung bestehender Ungleichheiten (Q16). Der Antrag enthält keinerlei Bezug zu Digitalisierung, Inklusion, Sprachförderung oder kritischem Denken — stattdessen eine technokratische Zeitkorrektur. Er widerspricht der grünen Zielsetzung, 'Ungleichheiten nicht zementieren, sondern überwinden zu helfen'.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 3/10

Das Grundsatzprogramm 2020 verankert 'Ökologie', 'Demokratie' und 'Gerechtigkeit' als untrennbare Werte. Der Antrag berührt keines dieser drei Dimensionen — weder planetare Grenzen noch Partizipation noch sozio-ökologische Transformation. Er ist inhaltsleer im Sinne grüner Bildungspolitik.

> „Gute Bildung zeichnet sich dadurch aus, dass sie bestehende Ungleichheiten nicht zementiert, sondern sie überwinden hilft."
> Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 92

FDP

WAHLPROGRAMM 5/10

Die FDP fordert 'weltbeste Bildung' und 'individuelle Talente' (Q17), aber auch 'Bildung als Bürgerrecht' — nicht als Zeitkontingent. Der Antrag ist formal konsistent mit dem FDP-Ziel nach 'Vergleichbarkeit', doch fehlt jeder Bezug zur Freiheit des Lernens, zur Vielfalt der Bildungswege oder zur Eigenverantwortung. Er reduziert Bildung auf einen standardisierten Zeitrahmen — was der FDP-Idee von 'Chancengerechtigkeit durch Leistung' widerspricht.

> „Für Freie Demokratinnen und Demokraten ist Bildung ein Bürgerrecht. Deshalb wollen wir weiter konsequent daran arbeiten, für jedes Kind die beste Bildung anzubieten – kostenfrei."
> FDP Rheinland-Pfalz Wahlprogramm 2021, S. 8

PARTEIPROGRAMM 6/10

Das FDP-Grundsatzprogramm 2012 betont 'individuelle Freiheit', 'Eigenverantwortung' und 'Vielfalt der Bildungswege'. Ein starres Modell mit verlängertem Zeitrahmen für alle widerspricht dem Prinzip der Freiheit zugunsten einer bürokratischen Standardisierung — allerdings nicht fundamental, da 'Vergleichbarkeit' auch als Rahmen für Freiheit interpretierbar ist.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FREIE WÄHLER

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Ein G9-Abitur nach vollen neun Jahren bietet mehr Zeit für gründliches Lernen und Verstehen sowie für persönliche Entwicklung.

> Ein G9-Abitur nach vollen neun Jahren ermöglicht gezielte individuelle Förderung, inklusive Lernbegleitung für Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, sprachlichen Herausforderungen oder sozialer Benachteiligung, sowie Zeit für projektbasiertes Lernen zu Klimaschutz, Demokratie und digitaler Souveränität.

Begründung: Verknüpft Zeitverlängerung mit GWÖ-Werten Soziale Gerechtigkeit (D4), Ökologische Nachhaltigkeit (D3) und Transparenz & Mitbestimmung (D5)

Vorschlag 2 von 3

Original: Das G9-Abitur in seiner verkürzten Form nach achteinhalb Jahren ist ein rheinland-pfälzischer Sonderweg.

> Das G9-Abitur in seiner verkürzten Form nach achteinhalb Jahren ist ein rheinland-pfälzischer Sonderweg, der insbesondere Schüler:innen aus bildungsfernen Familien, mit Migrationshintergrund oder ohne familiäre Prüfungsvorbereitung benachteiligt.

Begründung: Macht den sozialen Widerspruch explizit — stärkt Solidarität (D2) und Menschenwürde (D1)

Vorschlag 3 von 3

Original: Das Konzept des G8-Ganztagsgymnasiums hat sich bewährt und soll in seiner jetzigen Form beibehalten werden.

> Das Konzept des G8-Ganztagsgymnasiums hat sich bewährt und soll um gemeinwohlorientierte Vergabekriterien ergänzt werden: Priorisierung von Anbietern mit fairen Arbeitsbedingungen, nachhaltigen Materialien und partizipativer Eltern- und Schüler:innenmitwirkung.

Begründung: Erweitert den Antrag um A-Bereich (Lieferant:innen) und fördert Solidarität (A2), Ökologische Nachhaltigkeit (A3), Transparenz (A5)

Original-Antrag

Drucksache 18/11728

G9-Gymnasien und integrierte Gesamtschulen: Abitur nach vollen neun Jahren

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
18. Wahlperiode

Drucksache 18/11728
28. 03. 2025

Antrag

der Fraktion der CDU

G9-Gymnasien und integrierte Gesamtschulen: Abitur nach vollen neun Jahren

Wer in Rheinland-Pfalz sein Abitur auf einem der vielen G9-Gymnasien macht, hat tatsächlich nicht volle neun Jahre Zeit. Die Schülerinnen und Schüler der G9-Gymnasien sowie der integrierten Gesamtschulen haben faktisch nur achteinhalb Jahre Zeit.

Seit dem Schuljahr 2001/2002 finden die schriftlichen Abiturprüfungen bereits im Laufe des Januars und die mündlichen Prüfungen im März statt. Die letzten drei bis vier Monate des offiziellen Schuljahres sind die Schülerinnen und Schüler somit nicht mehr in der Schule.

Mit seinem verkürzten dreizehnten Schuljahr an G9-Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen geht Rheinland-Pfalz einen bundesweit einmaligen Sonderweg.

I. Der Landtag stellt fest:

- Rheinland-Pfalz ist derzeit das einzige Bundesland, das kein Abitur nach vollen neun Jahren an den G9-Gymnasien und den Integrierten Gesamtschulen anbietet.
- Mit dem G9-Sondermodell in Rheinland-Pfalz absolvieren die Schülerinnen und Schüler ihr Abitur tatsächlich bereits nach achteinhalb Jahren bzw. zwölfeinhalb Jahren unter Berücksichtigung der Grundschulzeit.
- Durch dieses verkürzte Modell ergeben sich in Rheinland-Pfalz unterschiedliche Abiturtermine und unterschiedlich viel Zeit für die Abiturvorbereitung – je nach besuchter Schulart: Prüfungen nach achteinhalb Jahren an G9-Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen sowie Prüfungen nach neun Jahren an Schulen des beruflichen bzw. Zweiten Bildungsweges sowie Freien Waldorfschulen.
- Das G9-Abitur nach achteinhalb Jahren bedeutet für die Schülerinnen und Schüler im Vergleich zu anderen Bundesländern, anderen Schulformen und G8-Ganztagsgymnasien eine Ungleichbehandlung. Sie haben weniger Zeit, sich gründlich auf die Prüfungen vorzubereiten.
- Die verkürzte Vorbereitungszeit durch die frühen Abiturtermine führt zu einer besonderen Belastung der Schülerinnen und Schüler.
- Ein G9-Abitur nach vollen neun Jahren bietet mehr Zeit für gründliches Lernen und Verstehen sowie für persönliche Entwicklung.
- Ein Abitur nach vollen neun Jahren verbessert die Durchlässigkeit des Systems: Schülerinnen und Schüler aus Realschulen, die nach ihrem Abschluss der Sekundarstufe I auf ein Gymnasium oder eine Integrierte Gesamtschule wechseln, haben durch die zusätzliche Zeit bis zu den Abschlussprüfungen mehr Raum zur Integration und eine bessere Vorbereitung auf die Prüfungen.
- Das G9-Abitur in seiner verkürzten Form nach achteinhalb Jahren ist ein rheinland-pfälzischer Sonderweg.
- Der Weg des G8-Ganztagsgymnasiums hat sich bewährt und soll in seiner jetzigen Form beibehalten werden.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 7. April 2025 – Vorabdruck verteilt am 28. März 2025

b. w.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- Das Abitur an G9-Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz auf volle neun Jahre auszudehnen.
- Die Abiturprüfungen der G9-Gymnasien und integrierten Gesamtschulen zeitlich parallel zu den Prüfungen an G8-Ganztagsgymnasien, Schulen des beruflichen bzw. Zweiten Bildungsweges sowie Freien Waldorfschulen stattfinden zu lassen.
- Das Konzept des G8-Ganztagsgymnasiums und die bestehenden G8-Ganztagsgymnasien zu erhalten.

Für die Fraktion:
Marcus Klein